



© privat

Günter Milly

Geboren 1965 in Wels, aufgewachsen in Marchtrenk, Gymnasium in Linz und Studium der Germanistik und Geschichte an der Universität Salzburg. Diplomarbeit über Wolfgang Koeppen („Spurensuche im Urgrund der Gegenwart“). 1997 bis 2001 Projektbetreuer und Lektor im Verlag Österreich der Österreichischen Staatsdruckerei AG, Wien; überdies zwischen 1999 und 2001 Chefredakteur des „Österreichischen Amtskalenders“. Seit 1999 Mitglied der Redaktion der Zeitschrift „Das Waldviertel“. Seit 2001 Lektor und Projektmanager sowie seit 2005 Mitgeschäftsführer im NWV – Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Wien/Graz. Gemeinsam mit dem Autor Beppo Beyerl und der Verlegerin Angelika Herburger (Edition moKka, Wien) Initiator und Moderator von „Textstand. Literatur am Naschmarkt“ (seit 2009).

Kontakt

Mag. Günter Milly
Felbigergasse 39/9
1140 Wien
Austria
E-Mail: guenter.milly@gmx.at

Günter Milly

Janus an der Donau.

Ein Essay über Österreich-Ungarn am Vorabend des Ersten Weltkriegs

Anfang April 1901 wird die Nummer 73 der „Fackel“ verbreitet, einer Wiener Zeitschrift, deren äußeres Erscheinungsbild – in dunkles Rot gehaltene Umschläge – das Stadtbild der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zumindest zwei Jahre davor, am Tag ihres erstmaligen Erscheinens, beherrscht haben soll. Ihr Herausgeber, der 1874 in Nordböhmen geborene, in Wien aufgewachsene und lebende Karl Kraus, wird noch mehr als drei Jahrzehnte hindurch als sprachgenialisch-kritisches Gewissen zuerst der österreichisch-ungarischen Monarchie, später der Republik Österreich fungieren.

Im selben April 1901, konkret am Freitag, dem 26., verliert ein Wiener Schriftsteller nach einem gegen ihn angestregten ehrenrätlichen Verfahren seine Offizierswürde. Der Grund: eine am 25. Dezember 1900 in der „Neuen Freien Presse“, Österreich-Ungarns bürgerlichem Leib- und Vorzeigebblatt, veröffentlichte, aus der Feder ebendieses Autors stammende Novelle mit dem Titel „Leutnant Gustl“, in der am Beispiel eines Offiziers Seiner Kaiserlichen Majestät das Weltbild dieser Stützen der Monarchie subtil demaskiert wird. Ihr Inhalt bringt dem Reserveoffizier Arthur Schnitzler zwar literarischen Ruhm ein, doch in den Augen des Ehrenrates der k. u. k. Armee hat er die Ehre der Offiziere Seiner Majestät auf nicht wieder gut zumachende Weise diskreditiert.

Kraus und Schnitzler gehören gut 13 Jahre später bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu den wenigen Schriftstellern in der Donaumonarchie, die nicht der allgemeinen Kriegshysterie verfallen und nicht in einen auf der umgehend einsetzenden Kriegspropaganda fußenden Hurrapatriotismus einstimmen, von dem die intellektuellen und künstlerischen Eliten erfasst und hinweggeschwemmt werden. Nur wenige österreichische Intellektuelle teilen bereits im Verlauf des ersten Kriegsjahres die kritische Hal-

tung der beiden das literarische Leben Wiens spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts mitprägenden Autoren.

So kommt Stefan Zweig im Dezember 1914 langsam zur Vernunft – nach der dringenden Mahnung seines französischen Schriftsteller-Freundes Romain Rolland. Davor hat er in seinem Tagebuch genauso jenem Hurratriotismus mit starker Fokussierung auf das Deutsche Reich gehuldigt wie sein sonst so nüchtern-kritisch veranlagter Kollege Robert Musil. Der 1880 in Klagenfurt geborene Autor preist etwa in dem kurzen Essay über ‚Europäertum, Krieg, Deutschtum‘ aus dem September 1914 die in dieser Zeit notwendige Tugend der Heldenhaftigkeit, unterfüttert mit Begriffen wie Treue, Mut, Unterordnung oder Pflichterfüllung, und bekundet, nicht gewusst zu haben, „wie schön und brüderlich der Krieg ist“. Er entdeckt eine von den Rändern Europas initiierte und gegen „das Volk im Herzen Europas“ gerichtete Verschwörung, die bei den „Angegriffenen“ die Auflösung der bisherigen Gegensätze herbeiführt. Etliche Jahre später, nach einem durch die Kriegserlebnisse bedingten Umdenkprozess, wird Musil nüchtern und virtuos die im Ersten Weltkrieg untergegangene Welt Österreich-Ungarns in seinem „Der Mann ohne Eigenschaften“ beschreiben.

Nur wenige Intellektuelle und Künstler lassen sich im Sommer 1914 von der europaweiten und allgemeinen Kriegsbegeisterung nicht anstecken

Unser Wissen und unsere Vorstellungen über vergangene Epochen generieren sich aus Narrativen der Geschichte, die auch vom Blick des Heute auf das Vergangene gespeist werden. Diese „Geschichts-Erzählungen“ beeinflussen Erkenntnisprozesse ebenso wie Geschichtsbilder. Was aus der Perspektive der Nachgeborenen klar und stringent zu bestimmten Ereignissen und Entwicklungen – Realitäten – geführt haben mag, was sich aus der Analyse der unterschiedlichen Ebenen der Vergangenheit als gezielt und intendiert, als zwangsläufig schließen ließe, muss nicht unbedingt bedeuten, für die Handelnden in der Vergangenheit ebenso klar, stringent, einer beabsichtigten Entwicklung folgend, sich aus einer Vielzahl an Möglichkeiten ergebend, gewesen zu sein.

Aus der Perspektive des österreichischen Ministerpräsidenten Ernest von Koerber heraus, der während seiner Amtszeit zwischen 1900 bis Ende 1904 starke wirtschaftliche Impulse für die österreichische Reichshälfte der Donaumonarchie gesetzt hat, mochte sein politisches Handeln nichts mit dem Bewusstsein oder gar Wissen gemein gehabt haben, einem erschöpften Staat noch einige Jahre Atempause zu verschaffen, sondern vielmehr konkret an-

stehende Probleme zu lösen und das komplexe Gebilde der Monarchie lebensfähig zu halten. Analoges mag auch für die – aus heutiger Perspektive katastrophale und kontraproduktive – Politik des zwischen 1912 und 1915 amtierenden Ministers des Äußeren, Grafen Leopold Berchtold, gelten. Aus Berchtolds Sicht wird seine Politik in sich stimmig konzipiert gewesen sein und in Übereinstimmung mit dem allseits herrschenden Sozialdarwinismus, der in der Diplomatie und der Politik der europäischen Staatenwelt im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts maßgeblichen Einfluss gewonnen hat, gestanden haben. Vom Blickwinkel der Nachgeborenen konnte ein solches Vorgehen – vornehmlich in der Julikrise 1914 nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand – nur kräftige Impulse für die Verwirklichung der europäischen Katastrophe geben, die mit dem Ende des Ersten Weltkrieges noch längst nicht beendet war, sondern noch ganz andere Dimensionen annehmen sollte.

Wenn heute die Unsensibilität ebendieses Franz Ferdinand und seines Beraterstabs verwundert, zuerst Manöver um den für Serbien höchst sensiblen 28. Juni herum anzusetzen und den Besuch Sarajewos auf den Jahrestag der für Geschichte und Mentalität des serbischen Volkes so wichtigen Schlacht auf dem Amsfeld zu legen, so hätte für den Thronfolger einer mittelgroßen europäischen Macht eine Rücksichtnahme auf die politischen Befindlichkeiten eines Nachbarstaats, der noch dazu in der unmittelbaren Einflussphäre der eigenen Außenpolitik liegt, noch größeres Erstaunen ausgelöst und eventuell für diplomatisches Kopfschütteln in den anderen europäischen Metropolen, wenn nicht für vernehmbares Poltern des Bündnispartners in Potsdam gesorgt.

Aber unser Wissen um die Entwicklungen, um den Gang der Geschichte verleitet immer wieder zu solchen Schlüssen. Wir sind nicht davor gefeit, wir können uns höchstens durch kritische Selbstbeobachtung und genaues Analysieren der geschichtswirksamen Prozesse ein wenig wappnen, um der Verführung, mit dem heutigen Wissen das Vergangene voreilig zu beurteilen, zu widerstehen. Doch sollten wir der Versuchung erliegen, befinden wir uns nicht in der allerschlechtesten Gesellschaft: „[...] es war das goldene Zeitalter der Sicherheit [die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, Anm. G.M.]. Alles in unserer fast tausendjährigen österreichischen Monarchie schien auf Dauer gegründet und der Staat selbst der oberste Garant dieser Beständigkeit. Die Rechte,

**Österreich-
Ungarns Außen-
politik vor 1914
ist – wie die der
anderen Groß-
mächte Europas –
von darwinisti-
schen Ideologien
geprägt:
der Starke
beherrscht die
Schwachen**

die er seinen Bürgern gewährte, waren verbrieft vom Parlament, der frei gewählten Vertretung des Volkes, und jede Pflicht genau begrenzt. Unsere Währung, die österreichische Krone, lief in blanken Goldstücken um und verbürgte damit ihre Unwandelbarkeit. Jeder wußte, wieviel er besaß und wieviel ihm zukam, was erlaubt und was verboten war. Alles hatte seine Norm, sein bestimmtes Maß und Gewicht.“

Dem Verfasser dieser Zeilen – Stefan Zweig – könnten aus heutiger Betrachtung Österreich-Ungarns einige zweifelnde Fragen gestellt werden. Kann ein Staat als modern und aufgeklärt bezeichnet werden, der seinen männlichen Bürgern erst 1907 das allgemeine, geheime Wahlrecht einräumt? Kann ein Parlament Rechte dauerhaft verbrieft und damit gewährleisten, wenn es sich selbst durch die Observationspolitik der in ihm sitzenden Parteienvertreter lähmt und kein Mittel findet, den die Existenz des Staates in seinen Grundfesten gefährdenden Nationalitätenkonflikt zu lösen? Lässt sich wirklich auf eine Wirtschaft vertrauensvoll bauen, wenn sie dem europäischen Standard nachhinkt, wenn das Schlagwort der letzten Jahre vor dem Ende dieser so sicheren Epoche „Teuerung“ lautet, wenn sich die Aufteilung der Vermögensverhältnisse zwischen Besitzenden und Besitzlosen äußerst zäh und langsam nur ein wenig zugunsten der letzteren verändert? Gibt eine Gesellschaft ihren Angehörigen Stabilität, wenn die sozialen Brüche so eklatant sind, die schonungslose Verelendung der Massen durch die kapitalistische Wirtschaft so langsam zurückgedrängt wird wie im Österreich-Ungarn in den letzten zwanzig Jahren seiner Existenz?

Für Stefan Zweig bedeutete Österreich-Ungarn vor 1914 eine sichere Welt, in der die Entwicklung des Staates, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Kultur in ruhigen, voraussehbaren Bahnen verlief. Eine Fehleinschätzung?

Natürlich müssen Zweigs posthum erschienene ‚Erinnerungen eines Europäers‘ unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass ihr Verfasser, von den Nationalsozialisten verfolgt, im brasilianischen Exil vor den Trümmern seiner Existenz steht, letztendlich der Verzweiflung nicht mehr entrinnt und im Februar 1942 seinem Leben ein Ende setzt. Dadurch wird verständlich, menschlich nachvollziehbar, warum er dieser Welt von Gestern nachtrauert, warum er ihren Untergang beklagt. Andere Schriftsteller haben sich wie Zweig mit der Welt vor 1914 beschäftigt, so der 1939 in Paris verstorbene und mit Zweig befreundete Joseph Roth oder der erwähnte Robert Musil; andere wenden sich ihr später zu, etwa Heimito von Doderer, der nach dem Zweiten Weltkrieg die Narrative der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg miteinander verschränken und verknüpfen wird. Alle die aus der Aus-

einandersetzung mit dem Zeitalter der Sicherheit so individuell geschaffenen Kunstwerke prägen als „Geschichtserzählungen“ das Bild der Donaumonarchie vor dem Gang in die Katastrophe.

Wie ist es dann wirklich gewesen? Steuert Österreich-Ungarn unaufhaltsam, aber Walzer tanzend, der Operette huldigend, den Mythos vom guten, alten Herrn in Schönbrunn pflegend, in die Katastrophe der Schützengräben und des millionenfachen Todes auf den Schlachtfeldern Europas, in das eigene desaströse Ende?

Der Salzburger Historiker Ernst Hanisch bietet für die letzten Jahrzehnte des Habsburgerreiches wie die Geschichte des demokratischen Österreich nach 1918 ein Modell an, in dem „Leitperspektiven“ existieren, „die den Fluß der Geschichte eingrenzen und strukturieren“. Er spricht von zwei Grundmodellen der österreichischen Geschichte, die in allen Jahrhunderten seit der Frühen Neuzeit bis in unsere Gegenwart wirken: einem gegenreformatorisch-autoritär orientierten und einem auf den Prinzipien der Aufklärung und Demokratie fußenden. Bereits in den 1890ern setzen nach Hanisch erste Emanzipationsschübe in der cisleithanischen Hälfte der Donaumonarchie ein: a) eine Veränderung zum politisch modernen Staatsbürger hin; b) die soziale Formierung der Arbeiterklasse als Widerpart zum Unternehmertum; c) erste Ansätze der Auflösung der Geschlechterhierarchie zugunsten der Frauen.

Diese emanzipatorischen Entwicklungslinien, der Moderne verpflichtet, sollen nicht überbetont werden, da der Adel in Europa als Träger der antiemanzipatorischen Strömungen ein extremes Beharrungsvermögen aufweist und nach wie vor die Schaltstellen der Macht in beinahe jedem bedeutungsvollen Lebensbereich besetzt. Erst im Ersten Weltkrieg realisiert sich der Todeskampf der europäischen anciens régimes, die vor 1914 weit davon entfernt sind, homogene Staats- und Gesellschaftsstrukturen zu bilden. Als Teilzentrum in diesem Ringen fungiert die österreichisch-ungarische Monarchie, in der sich in besonders ausgeprägter Form feudale Elemente neben bürgerlichen finden. Doch selbst innerhalb des Reiches, das von dem greisen Franz Joseph I. mehr verwaltet als gelenkt wird, finden komplexe gesellschaftliche Prozesse statt, die mit den Schlagworten von der Verbürgerlichung des Adels und der Aristokratisierung des Großbürgertums alleine nicht erklärt werden können, da sie etwa das erstmals auftreten-

Österreichs Geschichte wird von zwei Grundmodellen getragen: einem auf der Gegenreformation fußenden, einer übergeordneten Autorität verpflichteten und einem an Aufklärung und Demokratie orientierten

de Selbstbewusstsein breiter Bevölkerungsguppen außer Acht lassen.

Als Beschreibungsmodell der Zeit von etwa 1900 bis 1914 kann das Hin und Her dieser Grundströmungen, das Auf und Ab der beiden konträr stehenden Grundideen, die Österreichs Geschichte prägen, herangezogen werden. Die beiden letzten Jahrzehnte der Existenz des Habsburgerreiches können als Überlappungs- und Übergangsphase bezeichnet werden. Vielfach wird das Bild der Doppelgesichtigkeit und des Januskopfes für die österreichisch-ungarische Monarchie verwendet, das als Beschreibungsmuster der gleichzeitig und mächtig wirkenden konträren Prozesse von Traditionalismus und Moderne, von gegenreformatorischen Elementen und aufklärerischen Ideen für ein Staatsgebilde fungiert, das in den Jahren nach der Implosion der sozialistischen Regimes in Osteuropa und der Stärkung der europäischen Gesamtidee durch die Europäische Union in den Köpfen vieler Europäer eine mitunter nostalgisch angehauchte Renaissance erlebt hat.

In Österreich-Ungarn wirken in den letzten beiden Jahrzehnten seiner Existenz Traditionalismus und Moderne als Gegensatzpaar, das im Bild von der Janusköpfigkeit seinen Ausdruck findet

Festzuhalten gilt, dass die westliche Hälfte des Habsburgerreiches zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis in feinste Verästelungen katholisch geprägt ist. Der Katholizismus formiert sich Ende des 19. Jahrhunderts neu als Ideologie gegen die Moderne, die in den Jahrzehnten davor mächtigen Aufwind in Europa verspürt hat. Das katholische Österreich ist zutiefst antirevolutionär und anti-aufklärerisch gepolt. Zu seinen stereotypen Feindbildern gehören alle Antiklerikalen, Liberalen, Sozialdemokraten und die Juden. Österreichs politische Kultur ist in ihrer Tiefenstruktur auch am Beginn des 20. Jahrhunderts wie die Jahrzehnte davor und danach antijüdisch. Nur so kann es Christlichsozialen und Deutschnationalen gelingen, den in der zweiten Hälfte in Europa massiv verbreiteten Antisemitismus für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.

Dabei treffen diese autoritären Strömungen auf einen konstant hedonistischen, unpolitischen und opportunistischen Typ des Österreicherers, der höchst empfindlich auf Störungen der von ihm so geschätzten Ruhe und Ordnung reagiert. Als Träger dieser langfristig seit der Französischen Revolution immer stärker und lauter werdenden Ruhestörung, als Träger der modernen Ideen, politisch der Demokratie, gesellschaftlich des Sozialismus, ökonomisch des Kapitalismus, entdeckt der traditionalistisch den-

kende Österreicher die Juden, vor allem in Wien, aber nicht nur. Dass dabei der Garant der Ruhe und Ordnung, Kaiser Franz Joseph I., gerade mit der von ihm ermöglichten staatsbürgerlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerungsteile dem „Erzfeind“ in die Hände gespielt haben will, mag in den Augen des österreichischen Antisemiten der Sündenfall schlechthin gewesen sein. Dies fließt in sein von Widersprüchen dominiertes Weltbild ebenso ein wie der weit verbreitete Pessimismus, der, gespeist von einer Politik des ‚Fortwurstelns‘ und der Improvisation, in den Köpfen vieler Österreicher verankert ist.

Gegen diese autoritären Strömungen in der politischen Kultur der Donaumonarchie treten zwei Gruppen energisch auf: die mehr und mehr Einfluss sowohl als Massenbewegung als auch als politische Kraft im Parteiensystem gewinnende Sozialdemokratie, geeint unter dem Arzt Victor Adler, einerseits und die aus dem Bürgertum – und hier vor allem aus dem jüdischen – kommenden bildungsnahen und intellektuellen Gruppierungen (Wissenschaftler, Künstler, Unternehmer) andererseits, die zahlenmäßig in der Minderheit, aber kraft ihrer intellektuellen Möglichkeiten fähig, zumindest die Moderne in Franz Josephs Reich nicht völlig ins Hintertreffen geraten zu lassen. Hier wirken die Ideen der Aufklärung massiv weiter. Sie sind es, die uns Nachgeborene der Versuchung erliegen lassen, wenn nicht von Österreich, so doch von Wien am Beginn des 20. Jahrhunderts als einem Zentrum der Moderne in den Künsten wie in den Wissenschaften zu sprechen.

Doch die Metropole an der Donau ist nicht repräsentativ, denn dominant ist das Land, ist die von den Wienern herablassend betrachtete Provinz, die als Warenlieferant interessant ist und als Ort der Sommerfrische. Es ist ökonomisch die Landwirtschaft, es ist sozial das agrarisch-feudale System, das in Wien seine Einflussphären und Machtpositionen halten kann. Das Erzhaus Österreich mit dem Kaiser an der Spitze ist antiaufklärerisch und mit ihm der Hochadel. Klarerweise wird ein Teilbündnis mit dem Kapital eingegangen. Die Aristokratie entfeudalisiert sich, aber sie ist politisch ebenso wenig entmachtet oder einflusslos wie die Dynastie selbst. Vielmehr werden die Positionen gegen das Bürgertum behauptet, das politisch weitgehend ohne Einfluss und Bedeutung bleibt und Auswege in Ablenkungsstrategien sucht, die sich im Ausbau ihrer ökonomischen Positionen, in der Anpassung an den Lebensstil des Adels manifestieren. Dieses Phänomen schwächt sich in den letzten Jahrzehnten der Donaumonar-

Im Gegensatz zwischen Zentrum (Wien) und „Provinz“ (die Kronländer) manifestiert sich ein Grundkonflikt des Staates, der sich in allen Lebensbereichen findet

chie ab, aber es bleibt konstant vorhanden und gesellschaftlich von höchster Relevanz. Und überdies ist festzuhalten, dass es Mischformen gibt: Mitglieder des Hochadels – die Schwarzenbergs, die Auerspergs, die Windischgrätz' – sitzen in den Aufsichtsräten der Banken und Großunternehmen, sind auf ihren Latifundien Träger der Industrialisierung, sind aristokratische Kapitalisten. Auch hier erhebt Janus sein Haupt... Und nicht nur hier, der Staat selbst ist in seiner Struktur doppelgesichtig, ein ambivalentes Gebilde.

Österreich-Ungarn ist auch während der letzten Dezennien seiner Existenz ein Obrigkeitsstaat. Im Zentrum seiner Staatsidee steht die Dynastie der Habsburger. Aus dem Gottesgnadentum der Dynastie, aus der über Jahrhunderte hinweg ausgeübten Herrschaftspraxis rekrutiert sich der gegenreformatorisch indizierte autoritäre Zug dieses Staates. Der Kaisermythos fungiert dabei als Symbol und Garant für den Gesamtstaat. Die konkrete Person von Franz Joseph I., dem das Verständnis für eine echte Modernisierung der Monarchie gänzlich fehlt und das 20. Jahrhundert fremd bleibt, sich auf das Bündnis von Thron und Altar stützend, bildet zwar die das fragile Reich zusammenhaltende Klammer. Doch verhindert sie auch moderne Lösungen für die Problemfelder der Monarchie. Die Donaumonarchie wird bis an ihr Ende autoritär regiert.

Kaiser Franz-Josef I., dem Garanten für Ruhe und Ordnung, bleibt das 20. Jahrhundert fremd und dennoch fungiert er als Klammer für die zentrifugalen Kräfte

Gleichzeitig ist die österreichisch-ungarische Monarchie jedoch auch ein Rechtsstaat mit einer mehr oder minder gut ausgebildeten Gewaltentrennung, mit einem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch als Rechtsgrundlage für das Funktionieren aller Bereiche des Staates. Es gibt ein Parlament, das Gesetze beschließt, es gibt eine Verfassung – Elemente eines modernen Staates.

Dass es in der Donaumonarchie am Beginn des 20. Jahrhunderts einen Problemstau gibt, hat zwar vordergründig wenig mit den beiden Grundströmungen zu tun, die Österreichs Geschichtslauf lenken. Und dennoch: Dass ein multinationaler Staat gerade in der Epoche nach Abschluss der Bildung der Nationalstaaten in Europa überhaupt noch existiert, ist als die eine Seite des Gesichts zu sehen; die andere Seite zeigt sich dann darin, dass gerade in den letzten Dekaden vor 1914 die Prozesse der verspäteten Nationsbildungen und der Demokratisierung in Österreich-Ungarn mit voller Wucht aufeinander prallen, wodurch die Konfliktpotentiale gesteigert werden.

Betrachtet man die ethnische Zusammensetzung der österreichisch-ungarischen Bevölkerung, dann verwundert es nicht, dass im Zeitalter des Nationalismus das Zusammenleben der ethnischen Gruppen die Causa prima ist. Für die österreichische Reichshälfte sind bei der Volkszählung 1910 etwa folgende Zahlen erhoben worden: Deutschsprachige (35,6%), Tschechen (23,0%), Ruthenen (12,6%), Slowenen (4,5%), Italiener (2,7%), Polen (17,8%). In Cisleithanien leben 1910 circa 28 Millionen Menschen, in der Monarchie insgesamt 51,39 Millionen (mit Bosnien-Herzegowina).

Die Bevölkerung hat ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Großstädten und Industriegebieten sprunghaft zugenommen. Ein Beispiel: Wien zählt 1851 431.147 Einwohner, 1890 827.567, wobei die Vororte nicht einbezogen sind. Dann werden diese mitgerechnet, sodass 1900 in der Reichhaupt- und Residenzstadt knapp 1,9 Millionen Menschen leben. 1916 wird der Höchststand durch Eingemeindungen, Zuwanderung und die Flüchtlinge aus den östlichen Teilen der Monarchie erreicht, die vom Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Dann leben mehr als 2,2 Millionen Menschen in Wien. Analoge Entwicklungen lassen sich in Linz und Graz beobachten. Dem Wachstum der urbanen Zentren und auch der Industriegebiete steht eine massive Landflucht gegenüber. Vor allem aus Böhmen und Mähren wandern die Menschen ab. Wien übt eine Sogwirkung aus – vor allem auch auf die jüdische Bevölkerung, die zu Beginn des Ersten Weltkriegs einen Anteil von etwa neun Prozent hat. „Der einsilbige Name der Haupt- und Residenzstadt hatte [...] einen Klang von stets begeisternder Wirkung. Nicht nur dem neunjährigen Knaben war Wien Glanz und Pracht, die absolute Schönheit auf Erden, [...]. Und viele meinesgleichen träumten davon, daß sie später einmal in der Kaiserstadt zu Hause sein und gleich den gebürtigen Wienern Franz Joseph I. in seiner herrlichen, von Schimmeln gezogenen Karosse täglich bewundern würden.“ So beschreibt Manès Sperber in ‚Die Wasserträger Gottes‘ die Faszination und Anziehungskraft, die Wien auf die Restbevölkerung ausübt. Doch so verständlich und nachvollziehbar die Beweggründe für das Abwandern nach Wien sind, die Binnenwanderungen verstärken die Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen und damit das Grundproblem Österreich-Ungarns.

Trotz der Bemühungen mehrerer Regierungen (Graf Eduard von Taaffe, der sich 15 Jahre im Amt behauptet, oder ab 1896 Graf Ka-

Wien hat sich zu einer europäischen Metropole entwickelt und fungiert als Kulminationspunkt der demografischen Entwicklung

simir Badeni) bleibt das Nationalitätenproblem ungelöst. Vielmehr verschärfen die Sprachenverordnungen unter Badeni die Konflikte, sodass es zu einer Lähmung des Reichsrats kommt.

Einzig in der Demokratisierung gilt es ab 1882 Erfolge für die Moderne zu vermehren. Besitzen 1877 nicht mehr als sechs Prozent der männlichen Bevölkerung das Wahlrecht, so wird die Partizipationsmöglichkeit sukzessive in mehreren Wahlrechtsreformen erweitert, bis 1907 die ersten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen stattfinden können. Natürlich haben die herrschenden Gruppierungen diese Reformen nicht freiwillig und von sich aus auf den Weg gebracht. Vielmehr musste ihnen dieses Wahlrecht in mehreren Schritten vor allem von der Sozialdemokratie abgerungen werden. Die Interessen der Hof- und Regierungskreise und der Sozialdemokratie decken sich zumindest kurzfristig, weil man davon ausgeht, mit dem Wahlrecht für die männliche Bevölkerung den nationalistischen Furor in den Griff zu bekommen. Vergeblich, wie die Sozialdemokratie selbst erfahren muss, da sie sich selbst in Nationalitätenparteien aufsplittet. Und dennoch: Dieses Wahlrecht von 1907 ist eine Leistung, die nicht hoch genug bewertet werden kann. Die Wahlen vom Mai dieses Jahres bringen den Vorstoß der Massenparteien (Sozialdemokratie, Christlichsoziale) und bescheren den konservativ-nationalistischen Gruppen eine Niederlage.

Wahlrechtsreformen finden im allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht 1907 einen Höhe- und Endpunkt

Doch Janus zeigt gleichzeitig sein anderes Gesicht: Die Reform des politischen Systems 1906/1907 führt zwar die demokratische Herrschaftstechnik des 20. Jahrhunderts in eine obrigkeitlich gerahmte Verwaltungskultur des 19. Jahrhunderts ein. Aber die Konflikte potenzieren sich. Die Vorrechte der Krone und der Zentralbürokratie bleiben unangetastet, solange die im Reichsrat vertretenen Parteien und Nationalitäten einander gegenseitig neutralisieren. Denn regiert wird autoritär, da das Parlament sich selbst lähmt und ausschaltet. Gerade die Obstruktionspolitik der Parteien mit schmachvollen Szenen im Parlament in den letzten Jahren vor der Jahrhundertwende und in den ersten Jahren danach machen das politische System Österreichs und seine politischen Eliten zum Gespött Europas. Und die Obstruktion treibt die Regierungen zum Missbrauch des berühmten Paragraphen 14. Alleine zwischen 1897 und 1904 werden 76 Notverordnungen erlassen.

Der ‚Notstandsparagraf‘ ermöglicht den wechselnden Kabinetten, ihrer Politik Stabilität zu verleihen. Wenn sie selbst auch ein unstabiles Element Österreich-Ungarns sind. Zwischen 1871 und 1917 wechseln nicht weniger als 20 Ministerpräsidenten einander im Amt ab. Im Deutschen Reich sind es im Vergleich dazu im selben Zeitraum gerade einmal fünf Reichskanzler. Zwar spricht die Herkunft der Mehrheit der Minister aus den Sudetenländern, aus Wien und Niederösterreich wiederum für Stabilität, doch in Summe ist das politische System von labilem – janusköpfigem – Charakter.

Der greise Kaiser und seine Regierungs- und Hofkreise stützen sich vor allem auf zwei Gruppierungen: die Armee und die Verwaltung. Österreich-Ungarns Militärbudget ist das kleinste der europäischen Großmächte. Das Ansehen der Offiziere ist mäßig. Vielen Offizieren ist die Armee so etwas wie Heimat und verkörpert die übernationale Reichsidee. Das Ethos der Armee steht in Widerspruch zu den modernen Grundkräften der Epoche (Nationalismus, Demokratisierungsprozess). Bereits vor der Jahrhundertwende haben sich die großen Adelsfamilien aus der vom Kaiser geliebten, von einer bunten Sprachenvielfalt geprägten Armee zurückgezogen. In keiner europäischen Armee gibt es eine höhere Selbstmordrate als in jener, die nach 1918 nicht mehr existieren wird. Und dennoch: das Militär erfreut sich einer beinahe nostalgischen Beliebtheit. Zwar finden sich in der Armee verhältnismäßig viele jüdische und tschechische Reserveoffiziere, aber die Eliteregimenter bleiben weiterhin in der Hand der österreichischen Aristokratie. Im Verwaltungsbereich ist dazu nicht viel Unterschied.

Über mehrere Jahrhunderte hinweg dient die Verwaltung des Habsburgerreichs dem Bürgertum als wichtiges Vehikel für seinen Aufstieg. Die Bürokratie hält den Staat zusammen. Mögen die Regierungen stürzen, die Ministerpräsidenten einander die Klinke reichen, der Beamte hält die Position und sorgt für Kontinuität. Er dient seinem Herrn, dem Kaiser, in unverbrüchlicher Treue. Dieses Bild hat bereits im 19. Jahrhundert massive Risse bekommen. Durch die permanent steigende Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten – alleine zwischen 1880 und 1910 von 100.000 auf 400.000 – kann sich auch die Bürokratie als Hort der Beharrung und Tradition der Moderne nicht entziehen, die durch ihre polarisierenden Kräfte der Nationalisierung und Demokratisierung die Beamtenschaft politisiert. Zwar versucht ein aus dem

Die Dynastie der Habsburger und ihre Regierungen stützen sich auf die Armee und die Verwaltung

Jahr 1895 stammender Erlass dagegen einzuschreiten, doch die Büchse der Pandora ist zumindest einen Spalt geöffnet worden. Insgesamt jedoch ist der Beamte in seiner gesellschaftlichen Funktion und Position ein Paradebeispiel der Janusköpfigkeit: als Träger der Rationalität der Herrschaft und Verwaltung ist er modern, als Träger einer privilegierten Standesehre – ähnlich jener der Offiziere – bleibt er den autoritären, vormodernen Strömungen verhaftet.

Doch nach den gegen Ende des 19. Jahrhunderts ausgelösten Wirren um die Sprachverordnungen des Grafen Badeni tritt Österreich ab 1904 in eine Phase der politischen Beruhigung, die noch verstärkt wird, in dem 1907 das neue Wahlrecht verabschiedet wird.

Getrübt wird diese Phase der Ruhe durch das in steter Spannung befindliche Verhältnis zwischen österreichischer und ungarischer Reichshälfte. Die von Budapest betriebene hemmungslose Magyarisierungspolitik in Ungarn und der bei den in regelmäßigen Intervallen erfolgenden Verhandlungen zur Erneuerung des Ausgleichs – man muss bedenken, dass die Monarchie lediglich über drei gemeinsame Ministerien verfügt – strapazieren die Kräfte der politischen Entscheidungsträger in Wien nicht nur einmal.

Österreich-Ungarns Außenpolitik steht in den letzten beiden Dezzennien vor dem Zerfall unter drei Prämissen: 1. der Bestand der Monarchie als Großmacht liegt im Interesse Europas; 2. das Bündnis mit dem Deutschen Reich garantiert Wien, eine kraftvolle Außenpolitik betreiben zu können, wenn auch immer wieder Versuche unternommen werden, sich aus der engen Umklammerung des Bündnisses, in dem der Donaumonarchie die Rolle des ‚Juniorpartners‘ zudedacht ist, zu lösen; 3. der Balkan ist eine österreichische Einflussphäre; hier findet der Imperialismus österreichischer Provenienz seine Realisierung; doch genau diese Expansionspolitik am Balkan bedeutet einen Dauerkonflikt mit Russland.

Niemand, der in Wien Einfluss auf die außenpolitische Ausrichtung nehmen kann, weicht von diesen Prämissen entscheidend ab. Doch es gibt Phasen, in denen der imperialistische Impuls schwächer ist, so etwa zwischen 1895 und 1906. In diesem Zeitraum werden relativ gute Beziehungen mit Petersburg gepflegt. Von 1906 bis 1912 steht Österreich-Ungarns Außenpolitik dann wieder im Zeichen der Machtdemonstration unter Minister Aloys

Die Außenpolitik der Donaumonarchie sieht den Balkan als eigene Einflussphäre und befindet sich am „Gängelband“ des Wilhelminischen Deutschlands

Lexa von Aehrenthal. Dass 1908 die Annexion von Bosnien und Herzegowina erfolgt, erscheint nur noch logisch zu sein, wenn auch nur vom engen Blickwinkel des Ballhausplatzes. Denn die Einverleibung des Balkangebiets löst eine schwere internationale Krise aus, in deren Zuge Wien völlig isoliert ist. Nicht nur durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina zieht sich die Habsburgermonarchie die erbitterte Feindschaft Serbiens zu. Der Handelskrieg gegen Belgrad verschärft die Situation noch zusätzlich. Mittelfristig verhängnisvoll ist jedoch der ‚kalte‘ Krieg mit Russland als Ergebnis der österreichisch-ungarischen Annexion am Balkan. Hinzu kommen die Spannungen mit dem Bündnispartner Italien. Im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts führen die Balkankriege zu einer schwelenden Kriegsbereitschaft, die dann in der Julikrise des Jahres 1914 mächtig an die Oberfläche dringt. Dass es letztlich tatsächlich zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf Grund der europäischen Bündnispolitik kommt, dazu bedarf es des Zusammenschlingens der Katastrophenpolitik des Außenministers Berchtold auf österreichischer Seite und jener des deutschen Bündnispartners, der den ‚Juniorpartner‘ mehr in den Krieg zwingt als ihn elegant verführt. Die adeligen Herren am Ballhausplatz und in der Hofburg, auch die Spitzen des Generalstabs wollen gewiss keinen Weltkrieg, sie suchen aber den Krieg mit Serbien und gehen damit bewusst das Risiko ein, einen Weltkrieg vom Zaum zu brechen.

Die anfängliche Kriegsbegeisterung hält nicht lange an. Gleich zu Beginn müssen die österreichischen Heere schwere militärische Niederlagen einstecken, nicht nur an der Front gegen Russland, auch in Serbien. Fast ganz Galizien geht verloren, in Serbien sind die Truppen zum Rückzug gezwungen. Im ersten halben Kriegsjahr werden 600.000 Opfer beklagt, darunter die Elite der Berufsoffiziere.

Nachdem absehbar ist, dass es sich nicht um einen mehrwöchigen Feldzug handelt, sondern sich alle auf eine längere Kriegsdauer einrichten müssen, setzt diplomatisch das Ringen um das neutrale Italien ein, da der Bündnisfall des Dreibunds nicht eingetreten ist – jedenfalls nach italienischer Auslegung. Italien verlangt für einen Kriegseintritt auf der Seite der Mittelmächte territoriale Kompensation. Am Ballhausplatz ziert man sich. Schließlich erklärt man sich zur Aufgabe des Trentino bereit. Doch da ist es bereits zu spät. Italien hat sich für die Versprechungen der Entente entschieden. Ab Mai 1915 müssen die Truppen des Kaisers im Sü-

**1914 schreitet
„der alte Mann
an der Donau“
sehenden Auges
in die Katastrophe
des Ersten Welt-
kriegs**

den eine neue Front eröffnen. Dennoch bessert sich im Laufe dieses Jahres die allgemeine Kriegslage: Galizien wird zurückerobert, Serbien besiegt, Polen besetzt – alles jedoch nur mit Hilfe des deutschen Bündnispartners. Dass der Krieg nicht zu gewinnen sei, ist für Hellsichtige bereits zu diesem Zeitpunkt mehr als eine Ahnung. Doch im noch ungebrochenen Chauvinismus und angesichts der gezielten Österreichpropaganda bleiben die warnenden Stimmen in der Minderheit.

Dass Österreich-Ungarn im Juli 1914 mehr in den Krieg taumelt als marschiert, lässt sich an der auf eine solche Ausnahmesituation unvorbereiteten Wirtschaft nachvollziehen.

Nach den Krisen ab etwa 1870 hat sich der Kapitalismus und damit auch die Wirtschaft in den europäischen Großstaaten – und somit auch in Österreich-Ungarn – bedingt durch die zweite technologische Revolution (Erdöl, Elektrizität mit neuen Leitsektoren Chemie, Elektrotechnik, Motorenbau) bereits im letzten Dezennium des 19. Jahrhunderts erholt. Die Konjunktur springt an und eine Phase des Wirtschaftswachstums setzt ein, die ihren Höhepunkt mit einer Hochkonjunktur ab 1904 erlebt. Zu diesem Zeitpunkt kommt es zu einer neuen Welle der Gründung von Aktiengesellschaften. Finanz- und Industriekapital verflechten sich mehr und mehr: Zwischen 1907 und 1913 werden in Österreich-Ungarn 146 Aktiengesellschaften unter Bankenbeteiligung mit Aktienkapital von 494 Millionen Kronen gegründet, aber auch Bankengründungen werden in bemerkenswertem Ausmaß vorgenommen. Der Kapitalismus als herrschendes Wirtschaftssystem reguliert mehr und mehr und stärker als in den Jahrzehnten davor den freien Markt durch Kartelle, Preisabsprachen, die Festlegung von Produktionsquoten und die Aufteilung von Marktanteilen. So steigen die Kartellvereinbarungen von 40 (1897) auf 200 (1912). Dieser organisierte Kapitalismus spiegelt sich auch auf Arbeitnehmerseite, da parallel zum Konjunkturanstieg und den Unternehmerabsprachen die Zahl der Kollektivverträge wächst und Arbeitnehmerschutzmaßnahmen von den organisierten Arbeitern erzwungen werden.

Doch – Janus grüßt – bereits im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts haben in der Donaumonarchie die Reallöhne stagniert. Das Schlagwort des Jahrzehnts heißt ‚Teuerung‘. Die Lebenshaltungskosten steigen ab dem Beginn des 20. Jahrhunderts um 30 Prozent. Im September 1911 kulminiert dieser Prozess in den

Ab der Jahrhundertwende durchläuft Österreich-Ungarns Wirtschaft eine Phase der Hochkonjunktur und Modernisierung, jäh gestoppt durch die Kriegswirtschaft

Hungerrevolten und Teuerungsunruhen der Wiener Vorstädte, mehrere Tote und hunderte Verletzte sind zu beklagen. Ab 1913 flacht dann das Wirtschaftswachstum ab.

Dennoch – Janushaupt! – weist die Habsburgermonarchie einen markanten Modernisierungsrückstand auf. Gegenüber den entwickelten Industrienationen befindet sich die Wirtschaft nach wie vor im Rückstand. Vor allem lastet der Schatten der entwickelten deutschen Wirtschaft auf Österreich. Als Ursachen für dieses Manko können angeführt werden: nach wie vor bestehende Verkehrshindernisse bedingt durch die spezifische Topografie – durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts (Tauern-, Karawanken-, Pyhrnbahn) und die fortgesetzte Erweiterung der Binnen- und Seeschifffahrt versuchen die amtierenden Regierungen diesem Phänomen zu begegnen –, eine zu geringe Ausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und industriellen Spezialisierung, die Schwäche des inneren Marktes, der unterentwickelte Urbanisierungsgrad, die Überbesetzung des Detailhandels (Gewerbe), das Fehlen eines kräftigen Großhandels, ein eklatantes Defizit an unternehmerischer Risikobereitschaft und ein traditioneller Sozialprotektionismus.

Der durch die Internationalisierung des Handels mit Agrarprodukten ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestehende Druck auf die Landwirtschaft vor allem in der österreichischen Reichshälfte verstärkt sich ab der Jahrhundertwende zusehends. Die Importe aus Ungarn, aber auch aus Übersee nehmen zu, wodurch viele alpenländische Bauern, besonders Bergbauern, in ihrer Existenz bedroht werden. Reformen fördern die Selbstbehauptung (Genossenschaftssystem), und der sich entwickelnde Fremdenverkehr verbessert die Situation der ländlichen Bevölkerung. Aber es bleibt festzuhalten, dass der agrarische Sektor an Bedeutung verliert.

Ganz anders präsentiert sich die Entwicklung im sekundären Wirtschaftssektor: das seit Mitte des 19. Jahrhunderts expansive Wachstum, insbesondere der Montan- und Schwerindustrie, hält an. Das mährisch-schlesische Kohlenrevier, die Eisenindustrie in der Steiermark und in Kärnten (Stahlwerke in der Mur-Mürz-Furche, Abbau von Graphit (ein Drittel der Weltproduktion in der Monarchie)), die Erdölproduktion in Galizien, die Sensenindustrie, die großen Lokomotivenfabriken und Eisenbahnwerkstätten in Wien, Wiener Neustadt und Graz, die Rüstungsindustrie unter

Dennoch hemmen selbst in der Phase der Modernisierung und Prosperität einige wesentliche Faktoren die ökonomische Entwicklung

Joseph Wernndl in Steyr – allesamt Zentren dieses Prozesses, die aber auch die ungleichmäßige regionale Verteilung der Industrialisierung belegen. Diese Blüte der Schwerindustrie beruht auf dem durch den europäischen Imperialismus ausgelösten Wettstreit der Staaten, eine todbringende Blütezeit, wie sich dann zeigen soll.

Die Modernisierungswelle ist auch im tertiären Bereich zu beobachten. Der Warenhandel nimmt zwischen 1891 und 1910 in der westlichen Reichshälfte um 76 Prozent zu, das Geld- und Kreditwesen um 225, das Eisenbahnwesen um 127. Trotzdem: Im Handel muss man differenzieren. Das vornehme Spezialgeschäft im Stadtzentrum Wiens gehört zu den Modernisierungsgewinnern, der in den Kleinstädten und Dörfern tätige Gemischtwarenhandel kann seine Position gerade noch halten. Der großstädtische Greißler dagegen fühlt sich ökonomisch bedroht und reagiert mit einem integralen Antisemitismus auf die Situation. Warum? Juden sind stärker im Handel vertreten, vor allem in Wien. Sie bringen für den tertiären Sektor bessere Voraussetzungen mit. „Das lag zum Teil an der jahrhundertealten jüdischen Erfahrung mit dem Handel. Die Juden waren früher urbanisiert, stärker aufstiegsorientiert und zeigten insgesamt eine größere Innovationsbereitschaft; sie besetzten auch rascher Angestelltenkategorien. Mit einem Satz: Die Juden verkörperten stärker als die Nichtjuden das moderne Element in der Gesellschaft. Als Modernisierungsgagenten konnten die Juden dann relativ leicht zu Sündenböcken aller Modernisierungskrisen erklärt werden“, so Hanisch.

Trotz der schönen Wachstumszahlen ist Österreich-Ungarn mit seinen ökonomisch eng ineinander verschachtelten Reichshälften kein exportorientierter Staat (die Exporte wachsen zwischen 1897 und 1913 jährlich um 6,5 Prozent), da die Einfuhren die Ausfuhren weitaus übertreffen. Das Ergebnis: eine negative Handelsbilanz. Mit 40 Prozent aller Ex- und Importe stellt das Deutsche Reich den Haupthandelspartner; um 1900 wird die Hälfte aller österreichischen Staatsschulden von Deutschen getragen. Das hat natürlich Folgen für die Außen- wie für die Innenpolitik. Einerseits ist die Donaumonarchie mehr und mehr in die Position eines Satelliten des Deutschen Reichs geraten; andererseits wollen gleichzeitig die politischen und ökonomischen Eliten Großmacht spielen. Das sich anbietende Spielfeld ist der Balkan, auf dem die Habsburgermonarchie ökonomisch enormen Druck ausübt. So wird Serbien zum Einflussgebiet der Monarchie gerechnet. Als

Die jüdische Bevölkerung verkörpert das moderne Element der Gesellschaft, sieht sich jedoch mit einem massiven Antisemitismus konfrontiert

sich Belgrad dem entziehen will, wird es für seine ‚Unbotmäßigkeit‘ bestraft und zwischen 1905 und 1910 mit einem Handelskrieg (‚Schweinekrieg‘) überzogen.

Der geregelte Kapitalismus Österreich-Ungarns erfährt im Ersten Weltkrieg seinen Höhepunkt. Kriegsbedingt kommt es zur tendenziellen Ausschaltung des Marktes. Die alliierte Blockade bedingt die Ausgrenzung der Donaumonarchie vom internationalen Markt. Es bildet sich eine Schattenwirtschaft aus. Der Schleichhandel floriert, Kriegsgewinnler dominieren bald das ökonomische Parkett. Dabei ist das Land ökonomisch auf den von den politischen Eliten riskierten Weltkrieg nicht vorbereitet. Es fehlt an Vorräten, an Organisations- und Bewirtschaftungsplänen. Wirtschaftliches Chaos herrscht in den ersten Kriegstagen des August 1914, während die Massenbegeisterung über Österreich-Ungarn schwappt. Rasch kommt es zu einer hochgradig sensiblen Ernährungssituation der Bevölkerung in der österreichischen Reichshälfte, die sich schon vor dem Krieg nicht alleine ernähren kann. Die Armee hat rücksichtslos Vorräte aufgekauft. Preissprünge sind ebenso die Folgen wie die Mangelernährung der Zivilbevölkerung. Erst nach und nach wird eine improvisierte Organisation für die Versorgung des Heeres und der Zivilbevölkerung aufgebaut. Das habsburgische „Zu-Spät“ regiert. Im Sommer 1914 geht die Industrieproduktion durch die Umstellungskrise zurück. Aber zuallererst profitiert dennoch die Großindustrie vom Krieg. Die Arbeiterschaft wird unter militärisches Disziplinarrecht gestellt, die Grundrechte der Arbeiter werden aufgehoben. Bereits einige Monate nach Kriegsausbruch steht die Industrie ohne Rohstoffe da. Zentralstellen werden aufgebaut, die Rohstoffe besorgen und verteilen sollen. Dabei bricht ein Konflikt zwischen Österreich und Ungarn, zwischen der Armee und den zivilen Behörden aus, der sich über die Kriegsjahre zieht und es an ein Wunder grenzen lässt, dass der Staat über vier Jahre Krieg führen kann, der über das Anwerfen der Notenpresse und ab Herbst 1914 mit Kriegsanleihen finanziert wird.

Im Weltkrieg vertieft sich die Kluft zwischen Arm und Reich, der Mittelstand wird aufgerieben, die ökonomischen Lebenschancen von Arbeitern, Angestellten und Beamten gleichen sich an. Dem Handel und Gewerbe droht die Proletarisierung. Ganz anders hat sich die Situation am Beginn des 20. Jahrhunderts noch präsentiert. Zwar leidet die Arbeiterschaft unter den kapitalistischen Akkordlohn-Bedingungen, zwar sind um 1900 nur drei Prozent der

Im Ersten Weltkrieg kommt es zu einer reglementierten Wirtschaft, die jedoch von geringer Stabilität ist, da Konflikte zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen ausbrechen

Die gesellschaftliche Struktur der Donaumonarchie ist von großer Heterogenität geprägt. An der Spitze stehen der Kaiser und das Erzhaus Österreich; ganz unten befindet sich die Landbevölkerung in den östlichen Kronländern und das Proletariat in der Metropole Wien

Werkstätigen gewerkschaftlich organisiert. Doch die Arbeiterschaft formt sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur sozialen Klasse im engeren Sinn aus mit gleichen Interessen, Lebensformen, ähnlichen Wertmustern. Dieser Prozess konzentriert sich auf die qualifizierten Arbeiter in den industriellen Zentren und ist bei den Landarbeitern nur schwach ausgebildet. Doch nimmt dies zu – so wie der gewerkschaftliche Organisationsgrad: 1906 sind etwa die Buchdrucker, die Avantgarde der Arbeiterschaft, bereits zu 93% Gewerkschaftsmitglieder.

Es bilden sich spezifische sozialdemokratische Arbeitermilieus in den letzten beiden Jahrzehnten der Monarchie. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaft dienen als Korsett für das Klassenbewusstsein. Gegen die Unternehmer und deren Praktiken (Führen von Schwarzen Listen, Arbeitsbuch, Entlassungen, Aussperrungen) setzen die Arbeiter verschiedene Formen des sozialen Protests ein: Widersetzlichkeiten im Betriebsalltag, Katzenmusik, öffentliche Anprangerung, Boykotte, Streiks.

Dagegen – als zweites Gesicht – steht das Faktum des sozial nach wie vor dominierenden Adels, an den sich das Bürgertum anzukoppeln versucht. Die Aristokraten wandeln sich zu Agrarkapitalisten und Verwaltungsräten. Zwar ist der Adel geteilt – die Trennlinie verläuft zwischen hohem und niederem Adel, aber vor allem zwischen altem Adel mit Hoffähigkeit und dem neuen Dienstadel, der dieses Privileg nicht besitzt. Doch insgesamt besitzt die Aristokratie nach wie vor die Züge einer vormodernen Machtelite, die im Kern eine Besitzklasse von Großgrundbesitzern ist. Daneben legt diese Klasse eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit an die neue Zeit an den Tag. Adelige werden moderne Unternehmer, die mit der Hochfinanz kooperieren.

Das Großbürgertum ist staats- und monarchietreu. Es schätzt die Vorteile des großen Binnenmarkts. Durch Nobilitierungen wird es an die Dynastie gebunden. Sein feudaler Lebensstil gilt den anderen bürgerlichen Gruppen als Vorbild. Aber in Summe stellt das Großbürgertum lediglich eine extrem schmale Schicht mit Konzentration in Wien, die jedoch über hohe ökonomische Ressourcen verfügt.

Das kleinbürgerliche Gewerbe, die Jahrzehnte davor unter starkem Druck geraten, konsolidiert sich um 1900. Die Tendenz zu Familienbetrieben verstärkt sich. Es finden sich Ansätze zur Klassenbildung. Aber dennoch: Der großbürgerliche Lebensstil wird

imitiert. Die Angst vor sozialem Abstieg ist ausgeprägt, was diese Gruppe in die Hände der extremen politischen Parteien treibt. In den letzten Jahrzehnten der Donaumonarchie steigt die Anzahl der Angestellten mit ihrer heterogenen Klassenlage. Meist aus dem Bürgertum stammend, sind sie nach Beruf und Lohnabhängigkeit der Arbeiterklasse zuzurechnen. Die Mehrheit der österreichischen Angestellten und Beamten sind im tertiären Sektor (Dienstleistung) tätig (fast 80%). Ab 1900 werden auch Frauen in Kontoren und Geschäften mehr und mehr beschäftigt. In Wien steigt der Anteil an weiblichen Angestellten sukzessive, während des Ersten Weltkrieges aber besonders rasch. Und am Land? Mittelbäuerliche Schichten bilden mit Übergängen zu Klein- und Großbauern eine relativ konsolidierte Gruppe. „Bauernkönige“ sind in der Minderheit, aber existent. 1902 werden 64 Prozent der Bauernhöfe als Familienbetriebe geführt, 29 Prozent beschäftigen ständige Arbeitskräfte. Aber es existieren starke regionale Unterschiede.

Und wie verhält es sich mit Kunst und Kultur in Österreich-Ungarn? Ist auch hier Janus mit seinem doppelten Gesicht zu entdecken?

Betrachtet man das Erscheinungsbild der Wiener Ringstraße als kulturellen Kristallisationspunkt zwischen den antiaufklärerischen und autoritären Traditionen einerseits und der Moderne andererseits, dann ist festzuhalten, dass Wiens Prachtboulevard vom Historismus geprägt ist und somit mithilft, die alte Ordnung weiter zu legitimieren. Die Hauptbauten sind bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgeschlossen. Die Moderne entdeckt man eventuell in der rückversetzten, 1906 errichteten Postsparkasse von Otto Wagner. Die zwischen 1905 und 1914 errichteten Gebäude stehen dagegen mit rudimentären Ausnahmen im Zeichen des Historismus (Neue Hofburg, Kriegsministerium). Neobarocke Formen und neoklassizistischer Monumentalismus liegen ganz im Trend der Machthaber. Das heißt, an der Ringstraße kristallisiert sich die Moderne nicht. Auch weil die Träger der kulturellen Rezeption mit ihr nichts anzufangen wissen. Zwar gehört Kunst sowohl zum adeligen als auch bürgerlichen Lebensstil, vor allem aber als vergangene Kunst. Das große Publikum konsumiert sie in der walzerseligen Operette und beim Heurigen.

Dagegen gibt es zu Beginn des 20. Jahrhunderts erste Ansätze einer Massenkultur, die sich an der Mobilität (Fahrrad, Auto) oder

In den Prachtbauten der Wiener Ringstraße wird die Moderne nicht repräsentiert

an den Freizeitmöglichkeiten (Kino, Sport) manifestiert. Und dagegen gibt es vor allem die Moderne, in deren Zuge sich die gemeinsame Basis von Kunst und Bildungsbürgertum auflöst. Man muss festhalten: Es sind wohl nur wenige hundert Menschen, die sich vor dem Ersten Weltkrieg für die in Wien mit etwas Verspätung einsetzende Moderne interessieren. Verwundert das, wenn nur etwa sechs Prozent der Gesamtbevölkerung als regelmäßige Leser zu bezeichnen sind? Die kulturelle Avantgarde ist in den Zentren zu finden. Die Kunst emanzipiert sich vom Bürgertum und entwickelt die radikale Lust am Experiment. Die Wiener Moderne findet ihre Stärke in der Psychologie (Sigmund Freud), im Aufspüren kostbarer Seelenstimmungen. Aber die eigentliche Revolution der Avantgarde erfolgt dann erst mit Oskar Kokoschka in der Malerei, Adolf Loos in der Architektur, Georg Trakl in der Literatur und Arnold Schönberg in der Musik. Sie überfordern aber das bürgerliche Publikum.

Die Wiener Moderne leistet das Aufzeigen der Ambivalenzen der Modernisierungen. Die künstlerische Moderne weist auf die Kehrseiten der Modernisierung hin, hebt sie schonungslos auf oder ästhetisiert sie in den Rang der Kunst. Diese kulturelle Hochblüte eines erschöpften Reiches, die aus heutiger Perspektive nach wie vor fasziniert, ist wohl gerade auch den parallel existierenden Strömungen zu verdanken, die in dem Bild von der Doppelgesichtigkeit der Donaumonarchie ihren adäquaten Ausdruck gefunden haben. Dass die Janusköpfigkeit sich bis in die Biografien der Träger des künstlerischen Lebens verfolgen lässt, ist wohl nicht der geringste Grund, warum das historische Gebilde Österreich-Ungarns in unserer Gegenwart zur Auseinandersetzung und Beschäftigung einlädt und weshalb etwa die Literatur eines Musil, Zweig, Schnitzler oder Kraus in unserem Bewusstsein so tief verankert ist, dass ihre Werke gelesen werden und als „Geschichtserzählungen“ einer Epoche rezipiert werden, die in ihrer Tiefenstruktur das Österreich des 21. Jahrhunderts mitprägt.

**Österreich-
Ungarns Kultur
erlebt in den Jah-
ren vor Ausbruch
des Ersten Welt-
kriegs eine letzte
Blütezeit**
